

Olympiabewerbung Berlin 2024/28

Berlin, den 09. Juli 2014

Mitte Juni 2014 wurde erstmals über eine Olympiabewerbung des Landes Berlin im Abgeordnetenhaus gesprochen. Anfang Juli entschieden sich die Abgeordneten mit Teilen der Stimmen der Opposition (Bündnis 90/ Die Grünen und Die Piraten) die Bewerbung Berlins weiter voranzutreiben. Ausschließlich DIE LINKE war gegen eine Olympiabewerbung, weil sie in der Stadt wesentlich drängendere Dinge sieht, die es zu lösen gilt und für die das Geld besser investiert wäre. In erster Linie wurde dabei der Bereich Bildung und Soziales genannt.

Besonderes Augenmerk gilt dabei den Hinweisen auf den „Host City Vertrag“ mit dem IOC, der ein Mitspracherecht der ausrichtenden Stadt nach der Bewerbung und dem Zuschlag zu einem späteren Zeitpunkt ausschließt und die Tatsache, dass mit Ausgaben von 50 bis 60 Mio. EUR alleine für das Bewerbungsverfahren zu rechnen ist. Alle vom Land Berlin bislang postulierten Bedingungen für eine „umweltfreundliche und stadtökologisch tragbare“ Olympiade können durch das IOC ohne weiteres ausgehebelt werden. Durch den „Host City Vertrag“ wird einerseits diese Möglichkeit ohne Probleme eröffnet, während andererseits eine Bewerbung ohne unterschriebenen Host City Vertrag überhaupt nicht möglich ist.

Der NABU Berlin lehnt die Olympiabewerbung des Landes Berlin angesichts der zurzeit vorliegenden Informationen ab!

Begründung:

- 1) Auf den für Aus- und vor allem Neubau von Sportstätten potentiell noch zur Verfügung stehenden Freiflächen herrscht jetzt schon eine große Nutzungskonkurrenz. Dabei sind es gerade diese Flächen, die bereits als Trittsteine im Biotopverbund, Rückzugsraum für bedrohte Arten oder als Kaltluftentstehungsgebiete für das Stadtklima sowie als grüne Naherholungsräume für die Bevölkerung notwendig sind. Die Konkurrenz besteht durch verschieden gepolte Interessen der Wohnungswirtschaft und Verkehrsplaner auf der einen Seite und den Anforderungen von Natur- und Klimaschutz auf der anderen. Gerade für olympische Sportstätten besteht ein großer Raumbedarf, so dass das Hauptaugenmerk bei solchen Planungen auf die größeren, zusammenhängenden Freiflächen gerichtet sein wird und weniger auf potentielle Lückenschlüsse. Als Konfliktbeispiele sind hier Lichterfelde-Süd/ParkRange (Wohnbebauung vs. Naturschutz), Tempelhofer Feld (Wohn- und Gewerbebauung vs. Natur- und Klimaschutz), Tegeler Heide (Wohn- und Gewerbebauung vs. Natur- und Klimaschutz) und Biesenhorster Sand (Verkehrsplanung vs. Naturschutz) zu nennen. Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen.
→ Der NABU Berlin lehnt eine weitere Verdichtung Berlins auf den derzeit noch vorhandenen Freiflächen zulasten von Natur- und Klimaschutz ab.
- 2) Die Umsetzung von Planungen ist Aufgabe der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. In den letzten Jahren wurde gerade die Abteilung Naturschutz, die bei Bebauungen die kontrollierende Behörde im Bereich Natur- und Artenschutz ist, personell und finanziell ausgedünnt. Derzeit sieht sich die Oberste Naturschutzbehörde beispielsweise nicht mehr dazu in der Lage, ihre Kernkompetenzen, wie die Ausweisung von gemeldeten bzw. die Pflege von bestehenden Schutzgebieten, zu erfüllen. Eine umfangreiche planerische Begleitung der Olympiabewerbung sieht der NABU Berlin daher nicht gewährleistet.
→ Der NABU Berlin befürchtet, dass durch eine Olympiabewerbung zu viele personelle Ressourcen gebunden werden und fordert anstatt dessen in eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Naturschutzbehörden zu investieren.
- 3) Für die Münchner Olympiabewerbung wurden rund 33 Mio. EUR ausgegeben. Entgegen den bisherigen Aussagen, musste ein Großteil der Bewerbungskosten von der Stadt München aus Steuergeldern finanziert werden. Eine Finanzierung aus Sponsoren- und Investorenmitteln gab es hingegen nicht. Nach bisherigen Schätzungen geht man in Berlin von Bewerbungskosten in Höhe zwischen 50 bis 60 Mio. EUR aus, die im klammen Berliner Haushalt aber in keiner Form vorhanden sind. Mit diesen Mitteln könnten eine ganze Reihe von anderen Problemen Berlins ohne weiteres gelöst werden. Dazu zählt die finanzielle Ausstattung der unter 2) genannten Behörden, um ihren Kernaufgaben wie der Schutzgebietsausweisung vollumfänglich wieder nachzukommen. Weiterhin kann damit das Schulbildungssystem des Landes Berlin verbessert werden, indem mehr und qualifizierte Lehrer eingestellt, marode Schulbauten saniert und das Ganztagsbetreuungssystem inkl. Schulspeisung aufgewertet wird. Abgesehen davon würde es sich bei dem oben genannten Betrag nur um Ausgaben für die Bewerbung Berlins handeln. Doch damit ist der Wettbewerb noch nicht gewonnen, sondern es kann bedeuten, dass bis zu 60 Mio. EUR in den Sand gesetzt werden.
→ Der NABU Berlin lehnt es ab, dass Mittel in diesem Umfang für ein nachweislich nicht nachhaltiges Projekt ausgegeben werden.